

sek.feps bulletin

3
Juli 2002

Offizielles Informationsorgan des Kirchenbundes



OKUMENE

6 «Der ökumenische Frühling ist vorüber»

3 Abgeordnetenversammlung im Expo-Rahmen

4 SEK-ABGEORDNETEN-VERSAMMLUNG

Silvia Pfeiffer und Peter Schmid
neue Ratsmitglieder des SEK

6 ÖKUMENE

«Der ökumenische Frühling ist vorüber»

- 10 Kolumne: Liturgische Erosion
- 10 Aus dem Rat: Sitzungen vom 27./28. Mai, 11. Juni und 3./4. Juli 2002
- 12 «... der einzige Ort der Willensbildung»: Modell der Zusammenarbeit SEK, Hilfswerke und Missionen
- 14 Abschied Hartmut Lucke
- 14 Wahl der Theologin Martina Schmidt
- 15 Leserbrief

Letzte Seite: Ein Schutzpatron für die Polizei?

IMPRESSUM

SEK-FEPS-BULLETIN

Offizielles Informationsorgan
des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes
Postfach, CH-3000 Bern 23
Tel.: 031 370 25 00 Fax: 031 370 25 09
E-Mail: bulletin@sek-feps.ch
www.sek-feps.ch

Erscheint 6-mal pro Jahr

AUFLAGE 6000 deutsch, 1000 französisch

REDAKTION Simon Weber

GRAFIK/LAYOUT Stämpfli AG, Bern

ÜBERSETZUNGEN Martina Schmidt, Theo Schaad

DRUCK Stämpfli AG, Bern

AUTOREN DIESER AUSGABE

Ruedi Heinzer, Gottfried Locher, Markus Sahli,
Theo Schaad, Corinne Schläfli, Simon Weber

BILDER Agence circ, OeRK, Alain-Didier Clerc,
Simon Weber



EDITO

Liebe Leserin, lieber Leser

*Was sind kirchliche «Aussen»-Beziehungen?
Gibt es ein «Drinne» und ein «Draussen»?
Sind wir denn nicht alle eins?*

«Der ökumenische Frühling ist vorüber», sagt Kardinal Lehmann. Wir stehen vor einer neuen Jahreszeit des kirchlichen Miteinanders. Kleine Schritte werden unternommen, Ortsgemeinden rücken zusammen. Globale Einheitsillusionen hingegen sind verfliegen. Das rasche Zusammenwachsen von Orthodoxen, Protestanten und Katholiken ist heute wenig plausibel. «Die Ökumene steckt in der Krise» – das zu behaupten, ist schon fast Mode. Ob's wahr ist? Sagen wir lieber: «Die Ökumene ist im Umbruch.» Neue Bedingungen, neue Beziehungen zeichnen sich ab. Und vor allem: Eine neue Ehrlichkeit hat Einzug gehalten. Man macht sich nichts mehr vor: Katholisch ist nicht reformiert, und orthodox ist nicht anglikanisch. Und siehe da: Der Dialog wird nicht nur nüchterner, sondern auch verbindlicher.

Kirchliche Aussenbeziehungen? Die ehrliche Bezeichnung dessen, was der Kirchen-Dialog am Übergang vom ökumenischen Frühling zum – erhofften – ökumenischen Sommer ist. Nehmen wir die Unterschiede unserer Kirchen und Traditionen ernst. Sie sind nicht notwendiges Übel, sondern ein Geschenk auf dem Weg zu sichtbarer Einheit. Verwässern wir nicht, was uns trennt. Denn dann wird offenbar, was uns eint. So werden auch die Aussenbeziehungen des Kirchenbundes zu Innenbeziehungen der einen Weltkirche, des sichtbaren Leibes Christi für die Welt.

Sie finden in diesem Heft meinen Versuch, den ökumenischen «Saisonwechsel» zu belegen. Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht

Gottfried Wilhelm Locher,
Leiter Aussenbeziehungen

Abgeordnetenversammlung im Expo-Rahmen

Im Zusammenhang mit der Konstituierung neuer Mitgliedkirchen in der Zentralschweiz wurde an der diesjährigen Delegiertenversammlung des Kirchenbundes intensiv um einen neuen Sitzverteilungsschlüssel debattiert.

Drei-Seen-Fahrt

Die Reformierte Kirche Bern-Jura hatte die Abgeordnetenversammlung des SEK in die Expo.02-Stadt Biel eingeladen. Bei strahlendem Sommerwetter bot diese den Delegierten ein attraktives Umfeld für ihre Arbeit. Mit grosser Befriedigung erzählte Stadtpräsident Hans Stöckli in seinem Grusswort von den positiven Impulsen, die von der Landesausstellung auf die Agglomeration ausgegangen sind – nicht zuletzt durch das Rahmenprogramm von Open.02, der gemeinsamen Arbeit der Kirchen der Region. Die Abgeordneten hatten am Abend der gastgebenden Kirche auf einer Drei-Seen-Fahrt Gelegenheit, einen Blick auf die Arteplages von Murten, Neuchâtel und Biel zu werfen.

Pfarrer Thomas Wipf berichtete in seinem Wort des Präsidenten über die Arbeit des Vereins ESE.02, in dem 14 Kirchen und Kirchengemeinschaften gemeinsam den Auftritt der Kirchen an der Expo.02 gestaltet haben. Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit wird von der Expo-Leitung positiv gewürdigt. Im Weiteren berichtete er über Themen, die sich beim Rat in Arbeit befinden:

- den Ausgang der Volksabstimmung über die Revision des Strafgesetzbuches (Fristenregelung)
- den Stand des Dossiers «Religionsartikel in der Bundesverfassung»
- die Frage der «Sans papiers» in der Schweiz
- die kommende Volksabstimmung am 22. September 2002 über die Verwendung der nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank.

Lösungsansatz für neue Sitzverteilung

Weiten Raum nahm in den Beratungen die Beantwortung eines Postulates ein, das einen neuen Schlüssel für die Sitzverteilung in der Abgeordnetenversammlung forderte. Ausgelöst wurde dies

durch die Konstituierung der Kirchen in der Zentralschweiz als Kantonalkirchen. Die Kirchen Luzern, Tessin und Zug sind bereits selbständige Mitglieder des SEK geworden. Jetzt stellen die Reformierten aus den Kantonen Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden Aufnahme gesuche. Jede Mitgliedkirche hat Anspruch auf mindestens zwei Sitze. Für die kleinen Kirchen gilt dies ohne Rücksicht auf Mitgliederzahl und Finanzkraft. Mit der Vermehrung der Aufnahme gesuche droht nun ein zunehmendes Ungleichgewicht zugunsten der Deutschschweizer und zulasten der finanzstarken Kirchen. Der Rat legte der Abgeordnetenversammlung eine Lösung vor, die den Mindestanspruch auf einen Sitz reduziert und die Abstufung nach Mitgliederzahl neu ordnet. Die Delegierten erwarten nun einen Vorschlag für Ausnahmefälle wie die italienischsprachige Tessiner Kirche, die Evangelisch-methodistische Kirche als Freikirche und die zweisprachige Walliser Kirche. Ihnen sollen weiterhin zwei Sitze gewährt werden.

Weitere Geschäfte

Jahresbericht und Jahresrechnung gaben einen Überblick über die Arbeit, die Rat und Geschäftsstelle im Jahr 2001 geleistet haben. Aufgenommen wurde von der Abgeordnetenversammlung die Frage nach dem Beratungsangebot an Frauen, die nach der Volksabstimmung über die Revision des Strafgesetzbuches in Fragen des Schwangerschaftsabbruches (Fristenregelung) vor der Frage einer Abtreibung stehen. Nachdem das Modell der obligatorischen Beratung auf Bundesebene nicht durchgedrungen war, ist es jetzt Sache der Kantone – und damit auch der Kantonalkirchen –, ein Beratungsangebot aufzubauen. Der Rat ist bereit, die Mitgliedkirchen in dieser Frage zu unterstützen.

Theo Schaad, Leiter Geschäftsstelle

Silvia Pfeiffer und Peter Schmid neue Ratsmitglieder des SEK

Die Abgeordnetenversammlung hat den Rat des SEK für die Legislatur 2003–2006 gewählt. Thomas Wipf als Präsident und die wieder kandidierenden bisherigen Mitglieder wurden bestätigt. Neu gehören dem Rat Silvia Pfeiffer und Peter Schmid an.



Silvia Pfeiffer

Es ist mitunter schwierig, Kandidaten und Kandidatinnen für die Leitungsfunktionen in unseren Kirchen und Gemeinden zu finden. Doch am 17. Juni haben die Abgeordneten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), die in Biel zusammengekommen waren, zwischen neun Kandidaten und Kandidatinnen für die acht zu besetzenden Sitze wählen können. Silvia Pfeiffer von Schaffhausen und Peter Schmid von Basel-Landschaft ziehen neu in den Rat des SEK ein.

Seit 1999 in diesem Amt, ist Thomas Wipf mit ausgezeichnetem Resultat als vollamtlicher Präsident des Rates des SEK wiedergewählt worden. Zuvor war er Mitglied des Kirchenrates der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Zürich und Pfarrer in Schönenberg. Zudem ist er Präsident von ESE.02 (Schweizer Kirchen an der Expo.02), welche die Ausstellung «Un Ange passe...» mit ihren sieben Räumen des Glaubens in Murten realisiert hat.

Nach verschiedenen Lehrtätigkeiten ist Silvia Pfeiffer, Dr. phil. (SH), heute selbständige Beraterin im Schul- und Bildungsbereich. Auf politischer Ebene ist sie nach acht Jahren im Grossen Stadtrat heute

Mitglied des Schaffhauser Kantonsrates. Kirchlicherseits ist sie seit 1989 Mitglied des Kirchenrates und seit 1997 dessen Präsidentin. Sie vertritt heute die Schaffhauser Kirche in der Abgeordnetenversammlung.

Peter Schmid (BL) liess sich in Basel und Berlin zum Sozialarbeiter ausbilden und hat dabei immer Interesse an theologischen und kirchlichen Fragen gezeigt. Nach einer eindrücklichen politischen Karriere, die ihn bis ins Präsidium des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft geführt hat, ist er bereit, seine Zeit und seine Kompetenzen in den Dienst des SEK zu stellen.

Die wieder kandidierenden Ratsmitglieder wurden bestätigt:

Irène Reday (GE) hat ein Lizentiat in Politologie. Als mehrsprachige Genferin ist sie sehr interessiert an Fragen der Zusammenarbeit und Konfliktlösung. Nach ihrer Mitarbeit im Kirchengemeinderat von Versoix wurde sie Mitglied im Kirchenrat der Eglise protestante de Genève und Abgeordnete im SEK. Sie ist seit 2001 Mitglied des Rates.



Peter Schmid



Der Rat des SEK für die Legislatur 2003–2006: David A. Weiss, Ruedi Heinzer, Monika Waller-Koch, Peter Schmid (neu), Thomas Wipf (Präsident), Paul Schneider, Silvia Pfeiffer (neu), Irène Reday, Karl Kohli-Grenacher

Monika Waller-Koch (ZH) ist sehr aktiv im Bereich der Frauenarbeit. Sie war Präsidentin des evangelischen Frauenbundes der Schweiz und Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Sie wurde 1995 in den Vorstand (heute Rat) des SEK gewählt.

Ruedi Heinzer (BE) ist Mitglied des Synodalkonvents der reformierten Kirchen Bern-Jura und teilszeitlich Pfarrer in Vechigen. Neben seinen Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung und der Weiterbildung von Pfarrern war er von 1975 bis 1989 Theologischer Leiter des Evangelischen Zentrums Schloss Hünigen der damaligen Evangelischen Gesellschaft des Kantons Bern. Er ist seit 1999 Mitglied des Rates.

Karl Kohli-Grenacher, Dr. phil. (TG), ist Hauptlehrer für Mathematik am Lehrerseminar in Kreuzlingen und leitete die thurgauische Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung. Nach einer Zeit als Mitglied und Präsident der Kirchenvorsteherschaft Kreuzlingen war er Mitglied der Thurgauer Synode und ab 1994 Abgeordneter im SEK. Er ist Mitglied des Rates seit 1998.

Paul Schneider, Dr. med. (VD), war Chefarzt im Spital von Sainte-Croix und ist seit 1999 im Ruhestand.

Er gehört zum Rat seit 2000. Von seinen zahlreichen kirchlichen Tätigkeiten seien hier das Präsidium der Synode der Eglise évangélique réformée du Canton de Vaud und das Präsidium der Abgeordnetenversammlung des SEK genannt.

David A. Weiss (LU) ist Präsident des Synodalkonvents der Evangelisch-Reformierten Kirche des Kantons Luzern und teilszeitlich Pfarrer an der Matthäuskirche in der Stadt Luzern. Er präsierte 1992–1993 die Deutschschweizerische Kirchenkonferenz. Er ist Mitglied des Rates seit 1999.

Seit der Reorganisation 1999 sind die Ratsmitglieder des SEK nicht mehr wie zuvor verantwortlich für die einzelnen Departemente, sondern Mitglieder des Rates, dessen Aufgaben strategischer und kirchenpolitischer Art sind. Der Rat wird auch in der kommenden Legislatur 2003–2006 den Schweizer Protestantismus gegenüber seinen Partnerkirchen und den Bundesbehörden vertreten.

Simon Weber, Leiter Kommunikation

«Der ökumenische Frühling ist vorüber»

«Der ökumenische Frühling ist vorüber»... sagt der deutsche Kardinal Lehmann. Was heisst das? Steckt die Ökumene in den Eisheiligen? Welkt die Hoffnung auf sichtbare Einheit?

Blühendes ökumenisches Gemeindeleben

Die Erfahrungen in unseren Kirchgemeinden sprechen eine andere Sprache. Dort haben wir sozusagen einen ökumenischen Tatsachen-Frühling. Über alte konfessionelle Grenzen hinweg wird heute in unserem Land gemeinsam gebetet, gesungen, gefeiert – und das alles in grosser ökumenischer Selbstverständlichkeit. Alle gelehrten theologischen Differenzen in Ehren: Das ökumenische Zusammenrücken in mancher Schweizer Kirchgemeinde und Pfarrei ist nicht zu übersehen. «Ecclesia semper reformanda» sagen wir, und der ökumenische Alltag in der Schweiz zeigt, wie sehr das reformatorische Credo der ganzen Kirche gilt. Dass der ökumenische Frühling vorüber sein soll, davon spüren wir in den Gemeinden nicht viel.

Die andere Perspektive – Ökumene global

Aber es gibt noch eine andere ökumenische Wirklichkeit: jene der Weltkirche. Die Weltkirche wird erst Tatsache je vor Ort, die Ortsgemeinde aber wird erst Kirche in ihrem Dasein für die Welt. Und diese Welt macht eben nicht vor Kantons- oder Landesgrenzen Halt.

Für eine der ganzen Welt verpflichtete Kirche kann es kein Entweder-oder geben, kein Ortsgemeinde- oder Weltkirche-Sein. Kirche, auch unsere reformierte, ist zugleich hier und überall Leib Christi.

Für Schweizer Verhältnisse heisst das: Wir sind Kirche zuerst als *Gemeinde*, aber dann auch als *Landeskirche*, als *Kirchenbund*, als Mitglied der «Leuenberger» Kirchengemeinschaft, im Reformierten Weltbund, in der Konferenz Europäischer Kirchen, im Ökumenischen Rat der Kirchen. Unser «Semper reformanda» ist ja nur Teil eines grösseren, älteren Credos – jenes nämlich der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche. Auch wir sind Glied dieser einen Kirche; auch wir stehen in einem weltweiten, eben *katholischen*, Zusammenhang. Ortsgemeinde *und* Weltkirche – wenn wir die Ökumene verstehen wollen, dann mit diesem zweidimensionalen Blick.

Nicht alles kann in der Ortsgemeinde geregelt werden.

Folgendes Beispiel ist typisch: In einem Bodensee-Städtchen oder einem Walliser Bergdorf beschliessen die reformierte Pfarrerin X und der katholische Priester Y eines Tages, von nun an würden sie das Abendmahl gemeinsam feiern. Aus reformierter Sicht ist diese Haltung harmlos, ja löblich. Aber: Wer meint, das bedeute einen nachhaltigen ökumenischen Fortschritt, der macht sich Illusionen. Warum?

- Keine globale Organisation, die durch ein umfassendes und detailliertes Rechtssystem geregelt wird,
- keine Kurie, die unsere reformierten Kirchen als blosser «kirchliche Gemeinschaften» betrachtet, die nicht «Kirchen im eigentlichen Sinn» seien,
- und kein Lehramt, das in wichtigen dogmatischen Fragen konsequent auf *unité de doctrine* achtet,

werden je etwas gutheissen, das die sichtbare, weltweite Einheit derart in Frage stellt. Zu zentral ist in unserem Beispiel die Abendmahlsfrage für römisch-katholisches Kirchenverständnis.

Der Tag wird also kommen, an dem der Priester Y in der Gemeinde durch seinen Nachfolger Z abgelöst wird, und alle Abkommen werden von heute auf morgen zur Makulatur. Denn die Pfarrei wäre nicht wirklich katholisch, würde sie sich nicht in einen weltweiten Zusammenhang einordnen, gerade auch in der ominösen Abendmahlsfrage. Daran ändert alles Murren der katholischen Basis an die Adresse ihrer Bischöfe oder der römischen Kurie nichts. *Katholisch* ist die katholische Kirche eben gerade, weil sie sichtbar eins ist. Eine Kirche, welche die Abendmahlsgemeinschaft überall auf der Welt so eng an die Kirchengemeinschaft knüpft, wird das auch im Walliser Dorf oder Bodensee-Städtchen durchsetzen. Und die dortige Gemeinde wäre nicht mehr katholisch, würde sie sich nicht trotzdem in die Weltkirche einordnen. Natürlich ist der Druck

von der Basis nicht gleichgültig – aber eben nicht nur der Basis im Wallis oder Thurgau, sondern auf fünf Kontinenten. Erst wenn die römische Weltkirche es tut, wird auch die einzelne Pfarrei zu dauerhafter, selbstverständlicher Abendmahlsgemeinschaft mit ihren reformierten Geschwistern finden. Was dieses Beispiel sagen will? Es gibt eine für das Gemeindeleben relevante Dimension der Ökumene, die sich nicht in der Gemeinde abspielt: die Ökumene der Weltkirche. Nicht alles, was für das Gemeindeleben relevant ist, kann dort geregelt werden.

Und plötzlich wird Kardinal Lehmanns Satz verständlicher. In der Ökumene der Weltkirche ist der Frühling tatsächlich vorbei. Die Einheits-Illusionen sind verfliegen. Spätestens bei der Veröffentlichung von «Dominus Iesus» sind die letzten ökumenischen Träumer erwacht. Im Rückblick müssen wir der römischen Kurie dankbar sein für die Schroffheit, mit der sie sich hier in der Sache des wahren Kircheseins positioniert hat. So sehr wir ja unser eigenes Profil klären wollen, so klar ist jenes unseres Vis-à-vis dadurch wieder geworden. Transparenz kennzeichnet das Ende des ökumenischen Frühlings in der Weltkirche.

Die Ökumene der Weltkirche ist im Umbruch. Dieser Umbruch beeinflusst auch die Schweizer Ökumene. Dazu fünf Erkenntnisse:

Erkenntnis 1: Der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK) steckt in der Krise

Messbar ist in erster Linie die Finanzkrise. Dass die Mittel des OeRK rückläufig sind, das ist schon lange bekannt. Nun aber verschärft sich die Lage. Die letzte Rechnung schloss mit einem Verlust von 6,6 Mio. SFr., also mit 5 Mio. oder gut 400% Fehlbetrag zum Budget. Die Allgemeinen Rücklagen sind erschöpft, es kommt zu Liquiditätsproblemen. Eine Verbesserung ist nicht in Sicht, drastische Massnahmen sind nötig geworden, etwa die Belegung des Geländes des Ökumenischen Zentrums in Genf.

Aber die Krise greift tiefer. Eine griffige, auf die gegenwärtige ökumenische Lage zugeschnittene Vision ist nicht erkennbar. Auf einige wenige, aber verbindliche Ziele für die nächsten paar Jahre haben sich die OeRK-Kirchen bisher nicht geeinigt. Und das ökumenische Säbelrasseln der orthodoxen OeRK-Mitglieder ist unüberhörbar – seit 1997 sind

zwei von ihnen aus dem OeRK ausgetreten. Dieser sei nämlich zu protestantisch und berücksichtige die Orthodoxie zu wenig. Fazit: Der OeRK steht vor grossen Herausforderungen.

Erkenntnis 2: Rom und Konstantinopel nähern sich wieder an

Die beiden alten Kirchen des Westens und des Ostens sind seit dem «grossen Schisma» im Jahr 1054 getrennte Wege gegangen. Vieles hat sich unterschiedlich entwickelt; grösster Streitpunkt war und ist die Frage der Autorität des Papstes in der Weltkirche. Nach fast einem Jahrtausend mehrten sich aber heute die Zeichen eines *rapprochement* zwischen dem orientalischen und dem lateinischen Christentum. Kardinal Kasper, der vatikanische Chef-Ökumeniker, hat kürzlich betont, Ost und West hätten sich nicht aus dogmatischen Gründen getrennt. Vielmehr hätten sie sich bloss «lebens- und mentalitätsmässig entfremdet». Mehr noch: Sogar in der Frage des Petrusamtes sei Bewegung in die Gespräche gekommen.

Wer sich an «Dominus Iesus» erinnert, denkt unmittelbar an die Aussage, wonach einzig die römisch-katholische und die orthodoxen Kirchen als echte Teilkirchen zu verstehen seien. Mit anderen Worten: Rom und Konstantinopel, theoretisch immer schon eine Einheit, sind auf dem Weg, einander auch praktisch wieder näher zu kommen.

Das ist nicht bloss eine bilaterale Sache, sondern betrifft die ganze Ökumene: Die episkopal verfassten Kirchen besinnen sich auf ihre besondere Nähe. Wir beobachten ein Erstarren einer Art von «Episkopal-Ökumene», die bewusst ohne den Protestantismus stattfindet.

Erkenntnis 3: Ökumene wird bilateraler

Nicht nur zwischen Ost und West: Auch protestantische Kirchen haben in den letzten Jahren wichtige bilaterale Abmachungen unterschrieben:

- das *Meissen-Abkommen von 1991* zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und den Anglikanern (allgemeine Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft),
- das *Porvoo-Abkommen von 1996* zwischen Lutherischen Kirchen aus Nordeuropa und dem Baltikum und den anglikanischen Kirchen in England (Abendmahlsgemeinschaft)
- und die Gemeinsame Erklärung zur Rechtferti-

gungslehre, die 1999 in Augsburg vom Lutherischen Weltbund und der römisch-katholischen Kirche abgegeben wurde.

Warum ist das wichtig? Weil hier Unterschiede zwischen reformiertem und lutherischem Kirchesein offensichtlich werden. Im Unterschied zum Reformierten Weltbund verfügt der Lutherische Weltbund über eine grosse Zentrale in Genf. So nahe sich die Reformierten und die Lutheraner in Glaubensfragen sind, so klar zeigen sich doch auch unterschiedliche «Kirchenkulturen».

Erkenntnis 4: «Leuenberg» steht am Scheideweg

1973 auf dem «Leuenberg» bei Basel gegründet, ist die Leuenberger Kirchengemeinschaft bis heute der wichtigste und grösste Zusammenschluss protestantischer Kirchen in Europa. Aber gerade in der Schweiz wurde er nie richtig wahrgenommen, und das Basisdokument, die «Leuenberger» Konkordie, kennt kaum jemand hierzulande.

So könnte die «Leuenberg»-Vision heute lauten: «*protestantische Stimme Europas*». Am Scheideweg steht «Leuenberg», weil im Moment nicht abzusehen ist, ob es gelingt, diese Vision umzusetzen. Denn

- einerseits wird ringsum anerkannt, dass protestantisches Profil in den Institutionen Europas nur mit einer profilierten Stimme erkennbar wird.
- Andererseits sind die zentrifugalen Kräfte bekanntlich im Protestantismus sehr stark. Die bilateralen Vereinbarungen, die vor allem Lutherische Kirchen mit nichtprotestantischen Kirchen treffen, tragen nicht dazu bei, die Einheit zwischen Lutheranern und Reformierten zu stärken. Inwiefern die Lutherischen Kirchen eher ein gesamt-reformatorisches Zeugnis wie jenes von «Leuenberg» oder aber ein weltkirchlich-lutherisches favorisieren, scheint unter Lutheranern diskutiert zu werden.

Fazit: Wie klar eine geeinte protestantische Stimme in Europa hörbar wird, ist nicht entschieden. Aus Schweizer Sicht ist «Leuenberg» jedenfalls unentbehrlich, denn unsere reformierten Werte sind dank den Leuenberger Kanälen in den Entscheidungszentren des institutionellen Europas präsent.

Erkenntnis 5: Die Konfessionsverteilung ändert sich spürbar

Vor 50 Jahren bestand die Schweiz zu 56% aus Protestanten und zu 42% aus Katholiken. Heute sieht die Situation anders aus:

- Die Protestanten sind auf 37% zurückgegangen, die Katholiken – nach grösserem Auf und Ab – etwa auf demselben Stand (44%) geblieben.
- Mit mehr als 130 000 Menschen bildet die Orthodoxie in unserem Land heute bereits die drittgrösste Konfession, deutlich grösser als die Christkatholische Landeskirche.
- Die Zahl der Muslime hat sich allein in den letzten zehn Jahren verdoppelt; es sind heute über 300 000.
- Die Zahl jener Menschen, die sich als konfessionslos bezeichnen, ist um 50% auf über 800 000 gestiegen.
- Schwer erfassbar sind die Zahlen der neu entstehenden christlichen Gruppierungen mit charismatischer oder pfingstlicher Ausrichtung. Aber auch dort ist mit grossem Zuwachs zu rechnen.

Es geht hier nicht darum, diese Zahlen zu kommentieren – die Begründungen für Veränderungen sind komplex. Aber es geht um die Erkenntnis, dass die gesamteuropäischen Trends auch bei uns greifen: Die alten Mehrheitsverhältnisse sind am Abbröckeln, neue konfessionelle Kräfteverhältnisse sind im Entstehen.

So weit einige Fakten – es gäbe weitere. Für die reformierte Schweiz lassen sich daraus drei Thesen ableiten:

- kein reformiertes Profil *ohne* evangelische «Kirche Schweiz»;
- keine Kirche Schweiz in Europa *ohne* «Leuenberg»;
- keine Kirche Schweiz in der Weltkirche *ohne* RWB.

Erste These: Kein reformiertes Profil ohne evangelische Kirche Schweiz

So ziemlich alle Erfahrungen im ökumenischen Dialog haben eines gemeinsam: Nicht nur die Gemeinde, nicht nur die Landeskirche, auch die reformierte Schweiz als Ganzes braucht eine kohärente Stimme. Alle Liebe zur Bekenntnisfreiheit, alle Betonung evangelischer Vielfalt ändern nichts daran,

dass wir nach aussen nur profiliert reformiert sprechen können, wenn wir verbindlich sprechen. Die Not der Unverbindlichkeit ist typisch reformiert. Beinahe alle ökumenischen Partner greifen auf eine höhere Integration von Ortsgemeinde (oder Ortskirche) und Weltkirche zurück, als wir das tun. Wenn wir unser reformiertes Profil darauf reduzieren, dass wir eben gerade anders sind und uns nicht in eine nach aussen verbindliche Struktur einordnen wollen, dann stellen wir die Profilierung selbst in Frage. Es wird uns möglicherweise nicht mehr gelingen, unsere Werte und unsere Kultur in eine grössere Ökumene einzubringen. Was reformiertes Profil sein könnte, läuft Gefahr, sich immer weiter zu verästelnd und dadurch sprachlos zu werden.

Zweite These: Keine evangelische Kirche Schweiz in Europa ohne «Leuenberg»

Die Leuenberger Kirchengemeinschaft ist die profilierteste Stimme des Protestantismus in Europa. Als aktives Mitglied können wir diese Stimme mitgestalten. Zwar wird unsere Mitarbeit auch in der Konferenz Europäischer Kirchen, besonders in deren Kommission «Kirche und Gesellschaft», geschätzt. Aber: Für Europa gilt, was auch in der Schweiz gilt: Nur im Verbund, nur in der Kohärenz bekommt die evangelische Stimme Gewicht. Diese Kohärenz bietet in Europa nur «Leuenberg». Gegenwärtig werden europäische Weichen gestellt, die auch unseren Schweizer Weg mitbestimmen. Es ist in unserem Interesse als Kirche Schweiz, die evangelische Stimme in Europa zu tragen und zu fördern. Ein bisschen pointiert vorgetragener Calvin oder Zwingli, nicht nur Luther und Melanchthon, tun in Brüssel und Strassburg auch ganz gut.

Dritte These: Keine Kirche Schweiz in der Weltkirche ohne den Reformierten Weltbund

Ökumenischer Fortschritt geschieht in erster Linie bilateral. Und «bilateral» heisst eben auch global, nicht nur im Rahmen der Ortsgemeinde oder der Landeskirche, sondern die Konfessionen als Ganze betreffend. Wenn uns als Reformierte an einer evangelisch-katholischen Annäherung in unseren Gemeinden liegt, dann kommen wir nicht darum herum, auch im Rahmen der Weltkirche das Gespräch zu suchen. Die dafür notwendige globale Struktur bietet uns momentan nur der Reformierte Weltbund. Ein weltweites protestantisches Profil ist

noch nicht zu haben. Hingegen verfügen wir über einen reformierten Knotenpunkt in Genf und eine weltweite Kirchenfamilie, die viele unserer Werte teilt. Wenn wir diese Werte wirksam in die Weltkirche einbringen wollen, dann in erster Linie im Konzert mit den Reformierten der ganzen Welt. Gerade von den Methodisten in unserem Kirchenbund lernen wir, wie wichtig für die einzelne Ortsgemeinde das Bewusstsein weltweiter Zusammengehörigkeit ist.

Ein ökumenischer Sommer?

Der ökumenische Frühling ist vorüber. Wir sollten das nicht bedauern, sondern begrüssen. Der Saisonwechsel hat eine Klärung der ökumenischen Grosswetterlage mit sich gebracht. Ob und wann uns ein ökumenischer Sommer bevorsteht, wissen wir nicht. Falls er aber kommt, dann wird er dreierlei sein: unverblümt, nachhaltig und zeichenhaft.

- Unverblümt: weil alle Illusionen selbstverständlichen Eins-Seins hinter uns liegen. Im ökumenischen Sommer wird offen, nüchtern und aus Erfahrung gesprochen.
- Nachhaltig: weil wir uns gegenseitig Zeit nehmen und lassen, eigene Wege zu gehen, gemeinsame zu erproben, und erst dann – dann aber verbindlich und öffentlich – kleine und grosse Schritte kirchlicher Einheit tun.
- Und schliesslich zeichenhaft: Weil alles, was uns dann in der Kraft des Geistes an Zeichen sichtbarer Einheit gelingen wird, mehr sein wird als nur die Sammlung jener, die in derselben Nachfolge stehen: ein Zeichen nämlich für alle Menschen, dass der ganzen Schöpfung, hier und überall, jetzt und jederzeit, eine andere Welt verheissen ist, eine Welt, die nicht mehr in sich gespalten und zerrissen, sondern eins und heil sein wird.

Gottfried Wilhelm Locher, Leiter Aussenbeziehungen



Liturgische Erosion

In Gottesdiensten der reformierten Deutschschweiz kann man erleben, wie Grundsteine der Liturgie vom Erguss persönlichen Empfindens fortgespült werden. Wie viel Liturgie braucht die Gemeinde?

Das Unser Vater fehlt. Die Einsetzungsworte werden originell verfremdet, umgedichtet oder weggelassen. Keine Festlegende erinnert daran, dass gerade Palmsonntag wäre. Gebet wird durch einen literarischen Text ersetzt. Wo einst ein Schlusssegensstand, gähnen kreative Wünsche und irische Sprüche. Mir gefällt das selten, nur wäre Missfallen noch kein Grund zum Schreiben.

Im Rat SEK werden ekklesiologische Bedenken laut. Soll Gottesdienst völlig von der Persönlichkeit der Leitenden geprägt sein, von dem, was diese theologisch und persönlich verantworten können? Man weiss: Heute trägt nicht mehr das Amt die Person, sondern die Person muss das Amt tragen. Will man dies auch liturgisch ad absurdum treiben?

Jugendkonforme Freikirchen verzichten auf liturgische Formeln. Ist aber der Gottesdienst einer Landeskirche nicht per se auch der liturgischen Tradition verpflichtet? Wollen Deutschschweizer sich spirituell-liturgisch noch weiter entfernen von den Schwesterkirchen in der Suisse romande oder in Deutschland? Von der katholischen Kirche? Ohne Einsetzungsworte ist ein Abendmahl ökumenisch nicht mehr als solches zu erkennen.

Ist reformierte Liturgie nicht auch Sache der Gemeinde? Was sagen Synoden zur liturgischen Erosion, was die theologischen Fakultäten?

Meine Meinung: Der Ort für individualistische Kreativität ist die Predigt. Die Liturgie aber steht unter dem Schutz der Gemeinde.

Reaktionen willkommen: ruedi.heinzer@gmx.ch

Ruedi Heinzer, Pfr., Mitglied des Rates SEK

SEK-INTERN

Aus dem Rat

Sitzungen vom 27./28. Mai,
11. Juni und 3./4. Juli 2002

Der Rat

- genehmigt den Entwurf zur Antwort auf die Vernehmlassung zur neuen Kirchenordnung «reform06» der Zürcher Kirche. Die Abteilung Innenbeziehungen hat sich intensiv mit der darin enthaltenen Ekklesiologie auseinander gesetzt.
- nimmt Kenntnis vom Ergebnis der paritätischen Arbeitsgruppe fondia futura. Die Stiftung für Gemeindediakonie im SEK hatte diese zusammen mit dem Rat eingesetzt, um die Anpassungen des Stiftungsstatuts vorzubereiten. Die Stiftung für Gemeindediakonie unterstützt diakonische Projekte in Kirchgemeinden.
- beauftragt die Abteilung Innenbeziehungen, sich beim Bundesamt für Statistik dafür einzusetzen, dass auch weiterhin in den Einwohnerkontrollregistern die Religionszugehörigkeit erhoben wird. Diese Erhebung steht im Rahmen der Harmonisierung dieser Register zur Diskussion. Die Abteilung soll mit der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz zusammenarbeiten.
- bespricht seine Haltung in Bezug auf die Volksabstimmung vom 22. September 2002 über die Verwendung der von der Nationalbank nicht mehr benötigten Goldreserven. Mit Sicherheit wird er den Gegenvorschlag des Bundesrates – die Stiftung Solidarität Schweiz – unterstützen.
- beauftragt die Abteilung Aussenbeziehungen, ein Studienprojekt «Aufarbeitung der Bankengespräche des SEK und der Schweizer Bischofskonferenz mit der Bankiervereinigung zwischen August 1986 und 1989» durchzuführen. Dabei soll den Auswirkungen dieser Gespräche auf das Apartheidsregime in Südafrika besonderes Augenmerk gewidmet werden.
- bewilligt einen Beitrag von Fr. 75 000.– an die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes 2004 in Accra, Ghana. Er ist auch bereit, Spenden und Vergütungen für Pfarrer Hartmut Lucke zu übernehmen, der als Koordinator für diese Versammlung amtiert wird. Die Beträge werden den Rückstellungen für internationale Versammlungen entnommen.

- definiert die Budgetvorgaben für das Jahr 2003. Dabei soll das Vorjahresbudget zu Grunde gelegt werden und von einer Teuerung von 1,2% ausgegangen werden. Ein ausgeglichenes Budget ist anzustreben.
- beauftragt die Zentralen Dienste mit der Ausarbeitung eines Finanzplanes für die kommenden Jahre. Mittelfristig soll ein integrierter Aufgaben- und Finanzplan entstehen.
- schafft eine Theologische Studiengruppe zur Begleitung des Themas «Kirche – Kirche sein – Stärken und Schwächen reformierter Tradition». Sie soll organisatorisch einer Kommission SEK gleichgestellt, aber zeitlich befristet werden.
- will die 50%-Fachstelle Theologie zur Besetzung ausschreiben. Sie wird vakant durch die Pensionierung von Pfarrerin Th. Marthaler im September 2002.
- genehmigt das revidierte Mandat der Kommission für Sozialethik.
- nimmt Stellung zu der vom Bundesrat beabsichtigten Revision der Posttaxen-Verordnung. Durch diese würde die Porto-Ermässigung für fast alle kirchlichen Zeitschriften wegfallen. Der Rat weist den Bundesrat auf diese wichtigen Instrumente für die kirchliche Arbeit und damit für die Stärkung der Zivilgesellschaft hin.
- nimmt Kenntnis von den Vorarbeiten, die geleistet werden, um für die Rechtsform der Werke HEKS und Brot für alle neue Grundlagen zu erarbeiten. In der Herbst-Abgeordnetenversammlung soll entschieden werden, ob diese in Stiftungen überführt werden sollen oder Vereine bleiben.
- begrüsst, dass für die Übergangsphase, bis die Rechtsformen feststehen, Monika Waller-Koch in den Vorstand des HEKS und Raymond de Rham in den Vorstand BFA als Vertretung des Rates Einsitz nehmen.
- regelt die Einordnung der Stabsstelle Kommunikation in die Geschäftsstelle und beauftragt diese, die Mitarbeiterstelle auszuschreiben.
- beauftragt den Leiter Innenbeziehungen, nach Möglichkeiten der Unterstützung der Anliegen des Vereins «Freiwilligenarbeit» zu suchen. Einer Mitgliedschaft des SEK im Verein stimmt er aber aus grundsätzlichen Überlegungen nicht zu.
- nimmt die Evaluationsberichte der Diakoniekonferenz und der Frauenkonferenz entgegen und plant deren Bearbeitung und Diskussion im Herbst. Die Evaluation der Konferenzen war bei deren Einrichtung 1999 mit beschlossen worden.
- wählt Pfarrerin Martina Schmidt zur Beauftragten des SEK für Diakonie und soziale Fragen mit Stellenantritt am 1. Februar 2003.
- wählt die neue Migrationskommission. Als Präsidentin wird Brigitte Heckendorn gewählt.
- organisiert die weitere Bearbeitung der Themen, zu denen die Abgeordnetenversammlung am 16.–18. Juni Beschlüsse gefasst hatte, und zwar bezüglich
 - Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlung
 - Hilfswerke, Missionen und Aussenbeziehungen SEK. Zur Umsetzung der Beschlüsse setzt er eine Projektgruppe unter dem Vorsitz von P. Schneider ein.
- beschliesst das Vorgehen bezüglich Stellungnahmen zur Asylinitiative und dem Ausländergesetz.
- unterstützt die Idee, dass in der Schweiz «häusliche Gewalt» der thematische Schwerpunkt für die Periode 2002–2004 der Dekade zur Überwindung von Gewalt wird.
- gibt die Vorbereitung der Vorlagen für die Abgeordnetenversammlungen in Auftrag zu den Themen
 - Beitragsschlüssel
 - Beitritt der ehemaligen Kirchen des Evangelischen Kirchenverbandes der Zentralschweiz zum SEK.

Theo Schaad, Leiter Geschäftsstelle

«... der einzige Ort der Willensbildung»

Die Abgeordnetenversammlung stimmt dem Modell zur Zusammenarbeit zwischen Kirchenbund, Hilfswerken und Missionen im Grundsatz zu. Der Rat SEK soll im Auftrag der Mitgliedkirchen die Beziehungen zu den Missionen und Hilfswerken wahrnehmen. Zum Teil werden dafür neue Gremien geschaffen, zum Teil aber auch bestehende genutzt. Offen ist die Finanzierung.

Die Einheit von Kirche am Ort, Mission und diakonischem Handeln soll verstärkt werden. Dies gehört zur Vision von der *einen* protestantischen Kirche, die an der Abgeordnetenversammlung des SEK in Biel oft zitiert wurde. Der Weg dazu dauert allerdings schon lange, und das Ziel ist noch nicht erreicht. Aber die Vorlage des Rates zeigt die weitere Wegstrecke auf.

Die Vorschläge, denen im Grundsatz zugestimmt wurde, gehen von zwei Ebenen aus, die beachtet und eingehalten werden sollen: die Entscheidungs- und die Meinungsbildungsebene. Daneben müssen die Beziehungen zu den Missionen anders gestaltet sein als zu den Hilfswerken. Die Hilfswerke sind aus dem SEK herausgewachsen und wurden erst 1996 verselbständigt (aus Gründen der Steuerabzugsfähigkeit von Spenden). Die Missionen waren aber von Anfang an selbständig gegründete und organisierte Werke. Erst in der französischsprachigen Schweiz haben sie sich wieder eng mit den Kirchen verbunden.

Dieser Vielfalt galt es Rechnung zu tragen, und trotzdem sollen einfache und überschaubare Modelle der Zusammenarbeit geschaffen werden. Darum unterscheidet die Vorlage des Rates in erster Linie zwischen den Beziehungen zwischen den Kirchen und den Missionen und in zweiter zwischen den Kirchen und den Hilfswerken.

Kirchen und Missionen

Die strategischen Beziehungen zwischen den Kirchen und Missionen sollen an einem «runden Tisch» wahrgenommen werden. An diesem will der Rat des SEK vorerst mit mission21 und DM Echange et Mission die Zusammenarbeit über Leistungsvereinbarungen und Finanzierungslösungen gestalten. Für weitere Missionsgesellschaften, die in aktive Be-

ziehungen zu den Mitgliedkirchen des SEK treten wollen, soll ein Aufnahmeverfahren geschaffen werden.

Kirchen und Hilfswerke

Die strategische Beziehung zwischen den Kirchen und Hilfswerken (Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz – HEKS und Brot für alle – BFA) ist schon länger gegeben. Beide wurden als Vereine ausgestaltet, deren Mitglieder dieselben sind wie im SEK und deren Abgeordnetenversammlung personell identisch mit der AV-SEK ist. Schon seit längerer Zeit wird aber gefragt, ob die Rechtsform «Verein», die je eine eigene Abgeordnetenversammlung bedingt, für die Werke angemessen sei. Die Abgeordnetenversammlung SEK hat sich nun den Beschlüssen der Versammlungen der Werke im März angeschlossen: Der Rat SEK soll in Zusammenarbeit mit den Vorständen von HEKS und BFA im Herbst Rechtsgrundlagen vorlegen, damit entschieden werden kann, ob die Werke Vereine bleiben oder entsprechende Stiftungen errichtet werden sollen. Sollten sie zu Stiftungen werden, könnte der Kirchenbund besser in Entscheidungen der Werke mit einbezogen werden.

Die Meinungsbildungs-Ebene

Für die Arbeit der Missionen und Hilfswerke sind in allen Bereichen der Kirche sehr viele Menschen tätig: Verantwortliche für Missionen und Hilfswerke in den Synodal- und Kirchenräten, OeME-Beauftragte und freiwillig Mitarbeitende in den Kirchgemeinden. Deren Erfahrungen sollen gehört und genutzt werden. Der Rat schlägt vor, eine SEK-Konferenz «Hilfswerke und Missionen» zu schaffen, die zwar selber über die Werke keine Entscheidungsbefugnis hat, aber ihre Sicht der Dinge darlegen kann.

Aussenbeziehungen

Mit dem vorliegenden Modell sollen die Aussenbeziehungen des Schweizer Protestantismus gebündelt werden. Obwohl in der deutschsprachigen Schweiz die Missionen im Moment keine strukturellen Beziehungen zu den Kirchen haben, werden sie im Ausland oft als die Repräsentanten des Schweizer Protestantismus wahrgenommen. Die Vision von der *einen* protestantischen Kirche in der Schweiz gilt aber auch für die Partnerkirchen im Ausland. Auch sie sollen den Protestantismus vermehrt als Einheit wahrnehmen.

Der Rat schlägt nun vor, dass die bisherige «Kommission für kirchliche Partnerschaften im Ausland (KPA)» umgewandelt werden soll in eine «Kommission für Aussenbeziehungen» und zu einer Kommission des SEK wird. Sie soll das Netzwerk der Aussenbeziehungen gestalten.

«... der alleinige Ort der Willensbildung»

Ausgelöst worden sind die Vorschläge des Rates durch die Motion «Hilfswerke, Missionen und Aussenbeziehungen SEK» im Herbst 2000. Diese Motion verlangte unter anderem ein Modell der Zusammenarbeit, in dem die Abgeordnetenversammlung SEK der alleinige Ort der Willensbildung in diesem Bereich sei. Dies bedeutet, dass sich die Mitgliedkirchen nicht mehr auf mehrere Organe verzetteln wollen, sondern im Rahmen des SEK gemeinsam diese Verantwortung wahrnehmen und die entsprechenden Themen in der Abgeordnetenversammlung SEK beraten wollen. Dieser Wille schien auch an der Abgeordnetenversammlung in Biel ungebrochen. Der Rat hat aber auch unmissverständlich darauf hingewiesen, dass dafür neue Stellen geschaffen – und finanziert – werden müssen. An diesem Punkt wird es sich in der Herbst-Abgeordnetenversammlung zeigen, wie weit eine solche Zentralisation der Kräfte heute gehen kann.

Die Abgeordnetenversammlung hat den Vorschlägen für das Zusammenarbeitsmodell im Grundsatz zugestimmt und den Rat beauftragt, die Details auszuarbeiten: Konkretisierung des «runden Tisches» mit den Missionen, die Rechtsformen der Werke, Grundlagen für eine SEK-Konferenz Hilfswerke und Missionen, Kostenfolge. Wenn diese Unterlagen vorliegen und angenommen werden, wird die Einheit von Kirche am Ort, Mission und diakonischem Handeln einen entscheidenden Schritt weiter gekommen sein.

Theo Schaad, Leiter Geschäftsstelle

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund

vertritt 2,6 Millionen Protestanten aus 23 Schweizer Kirchen gegenüber den Bundesbehörden und Partnerkirchen im In- und Ausland.

Wir suchen für die Mitarbeit in der Stabsstelle Kommunikation eine/n

Journalistin/Journalisten

oder

Redaktorin/Redaktor

(100%)

Ihre Aufgaben

- Sie arbeiten mit an der Entwicklung unserer Stabsstelle Kommunikation
- Sie unterstützen deren Leiter bei der Öffentlichkeitsarbeit unseres Hauses
- Sie betreuen das regelmässig erscheinende Bulletin und die Website
- Sie verfassen Texte und Communiqués

Wir erwarten

- journalistische Erfahrung
- Interesse an kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit
- deutsche Muttersprache und gute Kenntnisse in Französisch
- aktive Beziehungen zu einer unserer Mitgliedkirchen

Wir bieten

- Zusammenarbeit mit einem kleinen, engagierten Team
- einen angenehmen Arbeitsort im Zentrum der Stadt Bern
- zeitgemässe Arbeitsbedingungen

Arbeitsbeginn

Sofort oder nach Übereinkunft

Für Auskünfte steht Ihnen der Leiter Kommunikation, Pfarrer Simon Weber, Tel. 031 370 25 01, zur Verfügung.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen senden Sie bis 23. August 2002 an:
Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund,
Herrn Theo Schaad (persönlich), Leiter Geschäftsstelle, Sulgenauweg 26, Postfach, 3000 Bern 23.



Abschied Hartmut Lucke

Pfarrer Hartmut Lucke, der seit 15 Jahren für die internationalen Beziehungen verantwortlich war, genießt seit Ende Mai seine wohlverdiente Pension.

Schon von weitem ist ersichtlich, dass im zweiten Stock beim SEK am Sulgenauweg Licht brennt. Seit sieben, sechs oder gar seit fünf Uhr? Ich werde es sogleich erfahren. Im Haus ist es noch still, nur aus dem Büro von Hartmut Lucke ertönt ein gleichmässiges Tippen. Rasch klopfе ich an seine Bürotüre und trete ein. Ja, er sei um vier Uhr aufgewacht und habe an die chinesische Delegation gedacht, die nächste Woche den SEK besucht. Statt wach im Bett zu liegen, habe er die Zeit genutzt und sei ins Büro gekommen. Ein schallendes Lachen. Ich bewundere die Bescheidenheit und die Selbstverständlichkeit, mit der er das sagt. Da finde ich keine versteckten Vorwürfe, keinen Groll gegenüber

der Situation, die Mehrarbeit provoziert; Stress wird nicht hochgespielt, obwohl er sichtlich vorhanden ist (man beachte nur die Papierstapel, die seit der letzten Sommerpause darauf warten, wieder einmal sortiert und eingeordnet zu werden). Die Ruhe wirkt ansteckend – es wird schon gut kommen. Wir machen uns an die Arbeit. Er fragt, ob er an meiner Stelle eines der nächsten Protokolle aufnehmen solle. Ich lächle, verneine und staune einmal mehr über seine Hilfsbereitschaft und Fürsorge, obwohl ihm das Wasser selbst bis zum Hals steht. Dass solche Hilfsangebote bei Hartmut Lucke nicht nur leere Worte sind, das habe ich vielfach erfahren.

Ein kleiner Ausschnitt aus einem Arbeitstag einer Sekretärin der Abteilung Aussenbeziehungen. Im Namen der ganzen Kirchenbunds-Equipe dankt Ihnen, lieber Hartmut Lucke, unsere Abteilung von ganzem Herzen für Ihr unermüdliches Engagement, Ihre Liebenswürdigkeit und Ihren Humor. Für den kommenden (Un-)Ruhestand wünschen wir Ihnen alles Gute und Gottes Segen.

Corinne Schlöffli

Wahl der Theologin Martina Schmidt als Beauftragte des SEK für Diakonie und soziale Fragen

Der Rat hat am 4. Juli 2002 die 39-jährige Theologin und Pfarrerin Martina Schmidt zur Beauftragten für die neu geschaffene Stelle für Diakonie und soziale Fragen gewählt. Sie wird ihre Tätigkeit in der Abteilung Innenbeziehungen des SEK mit einem Pensum von 80% am 1. Februar 2003 antreten. Zurzeit arbeitet sie an der Fertigstellung ihrer Dissertation, die dem Vergleich des sozialpolitischen Engagements zwischen der evangelisch-lutherischen Kirche Brasiliens und den protestantischen Kirchen der Schweiz gewidmet ist.

Martina Schmidt wurde in Fritzlar, Deutschland, geboren und hat ihre theologischen Studien in Göttingen, Lausanne und Marburg absolviert. Nach dem zweijährigen Vikariat und dem Besuch des Predigerseminars Hofgeismar erfolgte im Jahr 1993 die Ordination sowie die Aufnahme in den kirchlichen Dienst der unierten Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (mit Sitz in Kassel). Von 1993 bis 1995 war sie Pfarrerin in den Kirchengemeinden von Wollrode und Grebenau sowie Seelsorgerin in einem Alten- und Pflegeheim.



Von 1996 bis 2001 arbeitete Martina Schmidt als Universitätsassistentin in der Schweiz. Zuerst am Institut romand d'herméneutique et de systématique in Neuenburg, dann an der Theologischen Fakultät der Universität Lausanne bei Prof. Dr. Klauspeter Blaser (systematische Theologie). In dieser Zeit erlangte sie auch das Diplôme de spécialisation en théologie systématique, für das sie eine Auszeichnung erhielt.

Martina Schmidt hat seit Beginn ihrer theologischen Studien den Schwerpunkt auf sozial-diakonische Fragestellungen gelegt. Die wissenschaftliche Laufbahn verband sich für Martina Schmidt immer wieder mit konkreten Einsätzen «auf dem Feld». So hat sie sechs Monate in einer Kirchengemeinde in Brasilien verbracht. Im Rahmen ihrer Dissertation hat sie engen Kontakt zum Centre social protestant in Lausanne gepflegt.

Der Rat und die Geschäftsstelle des SEK freuen sich auf die neue Mitarbeiterin und heissen sie im Team bereits heute herzlich willkommen.

Markus Sahli, Leiter Innenbeziehungen

«Zusammenleben – Zusammensterben»

(Bulletin 2/Mai 2002)

Sehr geehrter Herr Stauffer

Ihr Artikel im Informationsorgan des Kirchenbundes ist einseitig und in Anbetracht der grausamen Lage im Nahen Osten zynisch. Er benötigt Kommentar: Sie heben die Tragödie von Deir Yassein hervor. Die offizielle jüdische Führung verurteilte diesen Akt sofort. Die Aktion war eine Sünde und verletzte Regeln der Selbstverteidigung. Es ist aber falsch, wenn Sie behaupten, das Massaker habe die Flucht der Araber verursacht. Warum erwähnen Sie nicht gleichzeitig die Ermordung des Lazarett-Konvois auf dem Weg zum Scopus-Berg in Jerusalem, wo durch Araber 77 Ärzte und Schwestern getötet wurden? Warum erwähnen Sie nicht, dass 24 Stunden nach der Verabschiedung der UNO-Resolution täglich unschuldige Juden bei Überlandreisen von Arabern umgebracht wurden? Noch dieser Tage können Sie auf der Strasse nach Jerusalem ausgebrannte Autos sehen, deren Insassen, die friedlich reisten, hinterrücks umgebracht wurden.

Warum heben Sie nicht auch hervor, dass hätten die arabischen Staaten die UNO-Resolution angenommen und die Palästinenser nicht zur Flucht aufgefordert, heute kein Flüchtlings- und Rückkehr-Problem bestehen würde?

Begin als Führer einer faschistischen Terrorgruppe während des Weltkrieges in Polen zu definieren ist eine unannehmbare Unterstellung. Er war Partisane und bekämpfte die Faschisten. Dass ein Mensch wie er niemals des Friedensnobelpreises würdig war, ebenso wenig wie Arafat mit seiner terroristischen Vergangenheit, versteht sich von selbst.

Dies schreibt Ihnen ein jüdischer Schweizer Bürger, der für zwei Staaten, Israel und Palästina, eintritt, gegen den Siedlungsbau auf Palästinenser Territorium ist und Sharons Politik ablehnt.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Adler

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund vertritt 2,6 Millionen Protestanten aus 23 Schweizer Kirchen gegenüber den Bundesbehörden und Partnerkirchen im In- und Ausland.

Wir suchen für die Mitarbeit im Bereich Studien eine/n

Theologin/Theologen für ein Teilzeitpensum von 50%

Ihre Aufgaben

- Sie arbeiten mit an Grundsatzfragen des protestantischen Kirche-Seins,
- Sie erarbeiten und redigieren Texte zur Veröffentlichung,
- Sie arbeiten in Fachkommissionen und Fachgruppen mit,
- Sie bereiten Seminare, Tagungen und Konferenzen vor.

Wir erwarten

- Theologisches Staatsexamen
- Interesse an reformierter theologischer Grundlagenarbeit
- Umfassende Kenntnis der zweiten Landessprache in Wort und Schrift
- aktive Beziehungen zu einer unserer Mitgliedkirchen.

Bei gleichen Qualifikationen wird einer Frau und einer Kandidatur französischer Muttersprache der Vorzug gegeben.

Wir bieten

- Zusammenarbeit mit einem kleinen, theologisch und sozialetisch kompetenten Team
- Einen angenehmen Arbeitsort im Zentrum der Stadt Bern
- Zeitgemässe Arbeitsbedingungen

Arbeitsbeginn

am 1. Oktober 2002 oder nach Übereinkunft.

Für Auskünfte steht Ihnen der Leiter des Bereichs Studien, Prof. Dr. Hans-Balz Peter (031 370 25 25), zur Verfügung.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen senden Sie bis 12. August 2002 an:
Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund,
Herrn Theo Schaad (persönlich),
Leiter Geschäftsstelle, Postfach, 3000 Bern 23.

Ein Schutzpatron für die Polizei?

In Luzern wurde am 11. Mai 2002, anlässlich eines ökumenischen Gottesdienstes, der Heilige Michael zum Schutzpatron der Schweizer Polizei eingesetzt. Wie soll man als Reformierter darüber denken?

BULLETIN: Herr Gottfried Locher, Sie wurden gebeten, in Luzern die Predigt zu halten. Wofür braucht ein Polizist, eine Polizistin überhaupt einen Schutzpatron?

LOCHER: Der Schutzpatron soll den Polizisten und Polizistinnen drei Dinge in Erinnerung rufen: Wer Polizeidienst leistet, soll wissen, dass sein Dienst, wie bescheiden dieser auch sein mag, zum Friedensdienst, zum Dienst am Miteinander der Menschen werden kann. Verantwortlich geleistet verwandelt er sich in eine Art von Gottesdienst im Alltag.

Wer im täglichen Einsatz steht, wer seine Kraft zum Schutz anderer einsetzt, der soll wissen: Gott begleitet ihn, wohin ihn der Dienst auch führen mag. Noch die gefährlichste, noch die deprimierendste Situation ist nie ein Ort ohne Gott. Michael, der Engel mit dem Schwert, ist Bote Gottes und mag den Polizisten und Polizistinnen die Nähe Gottes verkünden, an jedem Ort und zu jeder Zeit.

Und schliesslich: Wer Polizeidienst leistet, soll wissen, dass uns allen eine Zeit verheissen ist, in der es keine Aggression, keine Rücksichtslosigkeit, keine Kriminalität mehr geben wird. Uns ist eine friedliche Zeit verheissen, eine Zeit, in der die Ordnung unter den Menschen ohne Ordnungshüter garantiert sein wird.

Waren denn die Reformatoren nicht sehr kritisch gegenüber der Heiligenverehrung?

Das stimmt: Vor fünfhundert Jahren haben unsere Reformatoren massive Kritik geübt. Zu jener Zeit herrschte aber vielerorts ein regelrechter Heiligenkult. Jesus Christus als Sohn Gottes ging vergessen oder drohte es zumindest. Heute noch gilt es, Heiligenkulten aller Art Einhalt zu gebieten. Sie verkehren die Heilstatsache und sind darum schädlich. Die meisten dieser Kulte findet man aber nicht im Horizont der Kirche!

Dann ist also die Heiligenverehrung für einen Protestanten nicht möglich?

Es gibt durchaus einen Umgang mit Heiligen. Das Augsburger Bekenntnis von 1530 sagt es so: «Es wird gelehrt, dass man der Heiligen gedenken soll, damit wir unseren Glauben stärken, wenn wir sehen, wie ihnen Gnade widerfahren und auch wie ihnen durch den Glauben geholfen worden ist; ausserdem soll man sich an ihren guten Werken ein Beispiel nehmen, ein jeder in seinem Beruf.» Heilige können als ein Zeichen der Nähe Gottes gelten.

Kann man nun einen Heiligen um Schutz bitten?

Heilige kann man als Menschen im Auftrag Gottes ehren, man kann mit ihnen in einen spirituellen Dialog treten und sich so dem Wirken Gottes auf Erden öffnen. Es steht uns schlecht an, über die Wahrheit einer so gestalteten Gottesannäherung zu befinden. Solange wir uns dessen bewusst sind, dass nur Gott Gott ist, dürfen wir ihm auf unterschiedlichen Wegen begegnen. Das Entscheidende ist, was der Timotheusbrief (2,5) sagt: «Denn es ist nur ein einziger Versöhner und Mittler gesetzt zwischen Gott und den Menschen, Jesus Christus.»

Interview: Simon Weber

